

Dialog mit Politik, Praxis und Präsidium

Aktionswoche des Fachbereichs 04 vertieft Diskussion über Situation der Erziehungswissenschaften

„Erziehung und Bildung zwischen Erwartung und Realität“: So war die Aktionswoche des Fachbereichs Erziehungswissenschaften überschrieben. Studierende, administrativ Tätige, Mittelbau und Professoren diskutierten vom 10. bis 13. Juni über die Studien- und Arbeitsbedingungen ihres Faches. Im Fokus stand dabei die finanzielle und personelle Ausstattung des Fachbereiches, die Vertreter des Faches als kritisch betrachten: Forschung, Lehre und Studium könnten unter den aktuellen Bedingungen nicht mehr den eigenen Qualitätsansprüchen genügen. Im Austausch mit Praktikern des Faches, aber auch mit Politik und Hochschulleitung wurden in der Woche konstruktive, aber auch kontroverse Gespräche geführt.

Hochschulen zwischen Autonomie und Drittmittelerwerb

Der erste Tag der Aktionswoche war der Politik gewidmet. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion, die von Prof. Sabine Andresen und Sophie Künstler moderiert wurde, erhielten die hochschulpolitischen Vertreter der im hessischen Landtag vertretenen Fraktionen die Gelegenheit, ihre Standpunkte klarzumachen und die vorab in verschiedenen Workshops erarbeiteten Fragen des Fachbereichs zu kommentieren. Eine Frage zielte auf die Befristung von Arbeitsverträgen und die zunehmende Belastung sowohl in Forschung und Lehre als auch in den administrativen Tätigkeiten. Daniel May von Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass in seiner Partei eine Erhöhung von Dauerstellen im Programm verankert sei; gleichzeitig wies er aber auch auf die Autonomie der hessischen Hochschulen hin: „Da wollen wir den Hochschulen nicht reingrätchen.“ Gernot Grumbach von der SPD sah in der zunehmenden Abhängigkeit von Drittmitteln die Ursache für unsichere Beschäfti-

gungsverhältnisse, schränkte aber ein: „Die Hochschulen müssen auch lernen, mit den Drittmitteln besser umzugehen.“

Aus dem Workshop Finanzierung wurde dem Podium die Frage gestellt, ob die so genannten „Clusterpreise“, also die Mittelzuweisung nach Studiengängen, heute noch gerecht sei. Daniel May betonte, dass ein Clusterpreis auf sinnvolle Weise die Kosten der Ausbildung eines Studierenden abbilden könne; jedoch habe sich in den letzten Jahren die Situation zu Ungunsten der Hochschulen verändert. Barbara Cárdenas von der Partei Die Linke kritisierte die mangelnde Transparenz bei der Mittelvergabe; Naturwissenschaften schnitten oft besser ab als Geisteswissenschaften. Auch Gernot Grumbach bemängelte die Intransparenz: „Wenn die Unis ein Fach verkleinern wollen, dann ist das ihr gutes Recht – nur sollte man das auch offen verkünden.“

Weitere Fragen aus den Workshops bezogen sich unter anderem auf den Bedarf erziehungswissenschaftlicher Absolventen. Bettina Wiesmann (CDU) unterstrich die

wachsende Bedeutung von Bildung und Betreuung, sprach sich aber gegen eine generelle Akademisierung aus: „Fortbildungsangebote der Hochschulen sollten stattdessen auch auf Nichtakademiker zielen.“ Barbara Cárdenas (Die Linke) betonte hingegen die Bedeutung eines Bachelors Erziehungswissenschaften; es gebe heute viele Einsatzbereiche in Bildung und Betreuung, besonders an den Ganztagschulen: „Dort benötigt man nicht nur Lehrkräfte.“

Diskussion mit Präsidium

Am letzten Tag der Aktionswoche stand im Rahmen einer Podiumsdiskussion das Gespräch des Fachbereichs mit dem Präsidium im Mittelpunkt. Dekanin Diemut Kucharz klagte in ihrem einleitenden Statement über ein in den letzten Jahrzehnten gesunkenes Personalbudget in den Erziehungswissenschaften. Während die Zahl der Professoren mittlerweile von 40 auf 25 geschrumpft sei, steige hingegen die Zahl der Studierenden in den letzten Jahren stark an. Angesichts einer sich sehr ungünstig entwickelnden Relation von Lehrenden und Studierenden sei die Qualität der Lehre nicht mehr zu gewährleisten. Dr. Marion Pollmanns, akademische Mitarbeiterin im Fachbereich, ergänzte die Einschätzung aus Sicht des Mittelbaus: „Der zunehmende Erwerb von Drittmitteln ist für die Grundaufgaben der Lehre nicht zielführend.“

Vizepräsidentin Prof. Tanja Brühl betonte in ihrem Statement die Bedeutung des Faches: „Die Erzie-

hungswissenschaften in Frankfurt sind sehr stark in Forschung und Lehre“, so Brühl. Die hohe Zahl an Bewerbern für einen Studienplatz zeige die große Attraktivität des Standortes, so Brühl. Des Weiteren

finanzielle Lage des FB Erziehungswissenschaften sei prekär. So habe der Fachbereich in ganz entscheidendem Maße von Mitteln des Hochschulpaktes profitiert. Gottschalk stellte in Aussicht,



Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen des Hessischen Landtages.
Foto: Lecher

bedauerte die Vizepräsidentin eine allgemeine Verschlechterung der Studienbedingungen, was nicht zuletzt eine Folge eines sinkenden Grundbudgets sei. Brühl erinnerte aber an die über das Programm „Starker Start“ eingeworbenen Mittel, die der Phase des Studienbeginns zugutekämen. Drei neue Professuren stärkten im Rahmen des Professorenprogramms den Fachbereich 04, eine Stiftungsprofessur im Bereich der Inklusion könne bereits in Aussicht gestellt werden. Holger Gottschalk, Kanzler der Goethe-Universität, wehrte sich gegen die Einschätzung, die

dass die Betreuungsrelation sich verbessere, wenn die Universität nicht mehr unter dem Druck stehe, immer mehr Studierende aufnehmen zu müssen. Mit Seminarpavillon und Seminarhaus habe man auch in räumlicher Hinsicht die Studienbedingungen spürbar verbessert.

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften wird an den mit seinen Themen verbundenen Herausforderungen in Forschung und Lehre weiter arbeiten und den Austausch mit Politik, Praxis, Medien und natürlich der Hochschulleitung intensivieren. *df*